

*Betreff*  
**Antrag der SPD-Fraktion; hier: Möglichkeiten für die Vereinfachung des Verfahrens zur Erteilung / Versagung des gemeindlichen Einvernehmens**

<i>Fachbereich:</i> Fachbereich 4 - Planen & Bauen	<i>Datum</i> 01.07.2024
<i>Sachbearbeitung:</i> Christine Simonsen	
<i>Aktenzeichen:</i>	

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung (Entscheidung)	10.07.2024	Ö

**Sachverhalt:**

Die SPD-Fraktion hat den o.g. Antrag gestellt.

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Klimarelevanz & Begründung:**  Positiv  Negativ  keine

**Beschlussvorschlag:**

Wird in der Sitzung erarbeitet.

I.A.  
Simonsen

**Anlagen:**



## Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion in der Ratsversammlung der Stadt Plön

### **Antrag der SPD-Fraktion**

Die SPD-Fraktion beantragt eine teilweise Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Erteilung des Gemeindlichen Einvernehmens an die Bürgermeisterin der Stadt Plön.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Entscheidung über das Gemeindliche Einvernehmen nach §34 und §35 BauGB sowie die Befreiung von Festsetzungen in B-Plänen nach § 31 BauGB wird grundsätzlich der Bürgermeisterin übertragen.

In Zweifelsfällen und bei Fällen von besonderer städteplanerischer Bedeutung soll der Antrag dem SteP zur Entscheidung vorgelegt werden.

### **Begründung:**

Bauanträge und Bauvoranfragen nach § 31, 34 und 35 BauGB nehmen in den Sitzungen des SteP viel Raum ein und bedürfen eines hohen Vorbereitungsaufwandes durch die Verwaltung. Einige von ihnen stellen ein wichtiges Element der Mitwirkung der Selbstverwaltung am bauplanerischen Gestalten in Plön dar, andere hingegen sind rechtlich so eindeutig, dass der Ausschuss keine andere Möglichkeit hat, als dem jeweiligen Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Die Verwaltung soll die Möglichkeit bekommen, diese Fälle als reines Verwaltungshandeln zu entscheiden und den SteP nur zur informieren. Die Voraussetzungen dafür sind mit der aktuellen Zuständigkeitsordnung geschaffen worden.

Der personell stark belastete FB 4 wird so erheblich entlastet.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Direkte finanzielle Auswirkungen hat der Beschluss nicht.

Durch den geringeren Verwaltungsaufwand für die Vorbereitung auf die Sitzungen des SteP und die Teilnahme an den Sitzungen wird die Verwaltung entlastet.

### **Klimarelevanz:**

Durch diesen Beschluss ergeben sich keine klimarelevanten Auswirkungen für die Stadt Plön da er lediglich bestehende Beschlüsse ergänzt.

Für die SPD-Fraktion

Bastian Landschof ,

Manfred Rose